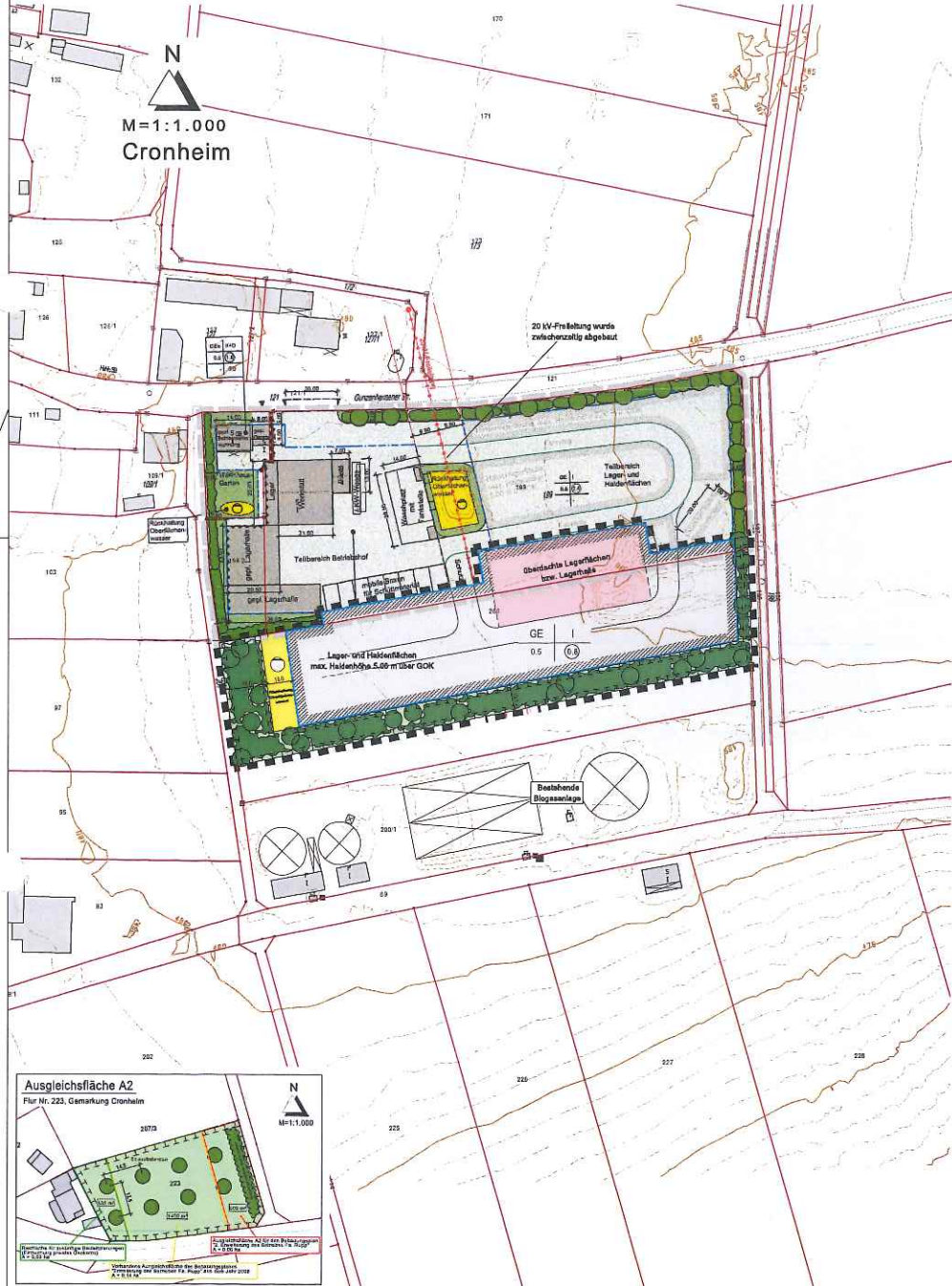


# Vorhabenbezogener Bebauungsplan "2. Erweiterung des Betriebes Fa. Rupp"

im Ortsteil Cronheim, Stadt Gunzenhausen, Lkr. Weißenburg-Gunzenhausen



## Präambel

Aufgrund der §§ 2, 9 und 10 Baugesetzbuch (BauGB), i.V.m. der BauNutzungsverordnung (BauNVO), Art. 81 Bayerische Verfassung (BayVerf) sowie Art. 23 ff. der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO), in der jeweiligen zum Zeitpunkt der öffentlichen Auslegung geltenden Fassung, beschließt die Stadt Gunzenhausen den vorhabenbezogenen Bebauungsplan mit integriertem Grünordnungsplan „2. Erweiterung des Betriebes Fa. Rupp“ als Satzung. Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplans umfasst die Fl.-Nr. 200 und 199 (Teilfläche) der Gemarkung Cronheim, Stadt Gunzenhausen, Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen. Die Gesamtgröße des Geltungsbereichs beträgt ca. 1,10 ha. Der Bebauungsplan besteht aus der Planzeichnung und den auf dem Planblatt dargestellten textuellen Festsetzungen. Der Vorhaben- und Erschließungsplan sowie der Grünordnungsplan sind in den Bebauungsplan integriert. Dem Bebauungsplan ist eine Begründung mit Umweltbericht beigefügt. Der Bebauungsplan ist gemäß § 10 Abs. 3 BauGB mit dem Tag der Bekanntmachung in Kraft.

## Festsetzungen durch Planzeichen

### Art der baulichen Nutzung

GE Gewerbegebiet gemäß § 8 BauNVO

### Maß der baulichen Nutzung

0,5 Max. zulässige Grundflächenzahl  
0,8 Max. zulässige Geschossflächenzahl  
1 Max. 1 Vollgeschoss  
FH 14,00 m Max. zulässige Firsthöhe  
TH 9,00 m Max. zulässige Traufhöhe

### Überbaubare Grundstücksflächen

Baugrenze

### Dachgestaltung

SD Satteldach

PD Pultdach

FD Flachdach

### Flächen für Abwasserbeseitigungsanlagen

Fläche für die Oberflächengewässerhaltung

### Grünordnung

Private Grünflächen

Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft

Pflanzgebiet A

Baum- und Strauchpflanzung mit Standortbindung als Randbegrenzung und Ausgleichsfläche auf privatem Grund

### Sonstige Planzeichen

Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans und des integrierten Vorhaben- und Erschließungsplans

Lager- und Haldeflächen, max. Haldehöhe 5,00 m über GOK

## Hinweise durch Planzeichen

Bestehende Grundstücksgrenze

Flurnummern

Bestehende Gebäude

Höhenrücklinien

Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans "1. Erweiterung des Betriebes Fa. Rupp" (2008)

## Textliche Festsetzungen

### 1. Planungsrechtliche Festsetzungen

#### 1.1 Art der baulichen Nutzung

Der Geltungsbereich wird als Gewerbegebiet (GE) gemäß § 8 BauNutzungsverordnung (BauNVO) festgesetzt. Nutzungen nach § 9 Abs. 3 BauNVO sind unzulässig. Für die Planungsarbeiten sind nur die Nutzungen gemäß den Vereinbarungen des Durchführungsvertrages sowie des Vorhaben- und Erschließungsplans zulässig.

#### 1.2 Maß der baulichen Nutzung

Als höchstzulässiges Maß der baulichen Nutzung werden eine Grundflächenzahl (GRZ) von 0,5 und eine Geschossflächenzahl (GFZ) von 0,8 festgesetzt, soweit sich nicht aus den festgesetzten überbaubaren Flächen und dem weiter festgesetzten Maß der baulichen Nutzung im Einzelfall ein geringeres Maß der baulichen Nutzung ergibt. Maßgebend für die Ermittlung der Grundflächenzahl ist das gesamte Erweiterungsbauvolumen einschließlich Grünflächen/Randbegrenzung sowie die innerhalb des Geltungsbereichs befindliche Teilfläche der Fl.-Nr. 199. Die Grundfläche von Gebäuden und Hochbauten innerhalb des Geltungsbereichs dieses Bebauungsplans darf maximal 2.500 m<sup>2</sup> betragen. Überschreitungen der maximalen Grundfläche können ausnahmsweise zugelassen werden. Es ist maximal ein Vollgeschoss zulässig (V).

#### 1.3 Überbaubare Grundstücksflächen, Abstandsflächen

Die überbaubaren Grundstücksflächen werden anhand der im Planblatt dargestellten Baugrenzen festgesetzt. Gebäude und sonstige Anlagen dürfen die Baugrenzen nicht überschreiten.

Es gilt das Abstandsflächenmaß des Art. 6 Abs. 5 Satz 1 BayBO für Gewerbegebiete.

#### 1.4 Nebenanlagen, Nebengebäude

Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO sowie sonstige verfahrenstechnische Nebengebäude sind nur innerhalb der überbaubaren Flächen zulässig.

#### 1.5 Lagerung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen und sonstigen Stoffen

Für die Lagerung und Verwertung abfallähnlicher zu behandelnder Materialien und Stoffe auf den neu geplanten Lagerflächen ist eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung durch den Anlagenbetreiber einzuholen. Im immissionsschutzrechtlichen Verfahren ist konkret aufzuzeigen, welche Materialien auf den befestigten/unbefestigten Flächen zwischengelagert werden können.

#### 1.6 Flächenbegrünung

Die Begrünung von Lagerflächen und Fahwegen hat entsprechend abfallrechtlicher und wasserwirtschaftlicher Anforderungen zu erfolgen. Bebautes Material (z. B. Baustoffe oder Bodenschutt) aus gewerblichen Flächen darf nur auf entsprechend befestigten Flächen mit geeigneter Entwässerung oder überdacht gelagert werden.

Flächen, auf denen ausschließlich (unbebaute) Baustoffe gelagert werden, können - sofern keine anderweitigen abfall- oder wasserwirtschaftlichen Anforderungen entgegenstehen - mit wasserwirtschaftlichen Materialien befestigt werden.

#### 1.7 Oberflächengewässerhaltung

Das auf den vorgesehenen Fahr-, Lager- und Haldeflächen anfallende (verschmutzte) Oberflächenwasser ist in einem neu anzulegenden Regenrückhaltebecken auf dem Erweiterungsbauvolumen zu sammeln, zurückzuhalten und gedrosselt in den Mischwasserkanal der Stadt Gunzenhausen einzuleiten. Der Drosselabfluss und sonstige Maßgaben sind mit der Stadt Gunzenhausen abzustimmen.

Durch die gezielte Gestaltung und durch den Nachweis eines ausreichenden Rückhaltevolumens ist sicher zu stellen, dass es bei Einleitung des von der Stadt Gunzenhausen erfassten Drosselabflusses nicht zu einem Austritt von Niederschlagswasser in das anstehende Gelände (angeordnete, unversiegelte Grün- und Freizeitanlagen) kommt. Hierzu sind mit dem Bauantrag entsprechende Nachweise nach den einschlägigen DIN-Merkblättern vorzulegen.

#### 1.8 Immissionsschutz

Die Errichtung und der Betrieb des Vorhabens sind (im Zusammenhang mit dem vorhandenen Betrieb) so zu gestalten, dass es zu schädlichen Umwelteinwirkungen und sonstigen Gefahren, erheblichen Nachteilen und erheblichen Belastungen für die Allgemeinheit und die Nachbarnachteile nicht herbeiführen werden können.

Vorkehrungen gegen schädliche Umwelteinwirkungen, erhebliche Nachteile und erhebliche Belastungen getroffen wird, insbesondere durch die dem Stand der Technik entsprechenden Maßnahmen.

Die spezifischen Anforderungen an das Vorhaben werden im dafür erforderlichen Genehmigungsverfahren nach § 16 BImSchG konkretisiert.

#### 1.9 Photovoltaikanlagen

Auf Lagerflächen und sonstigen Gewerbebauten sind jeweils auf mindestens 50 % der hierfür geeigneten Dachfläche Photovoltaikanlagen zu installieren.

### 2. Bauordnungsrechtliche Gestaltungsvorschriften

Die Höhenlage baulicher Anlagen und bestehender Fahr- und Lagerflächen richtet sich nach den örtlichen Gegebenheiten der vorhandenen Gebäude- und Anlagenbestände auf dem räumlich angrenzenden Betriebsgelände. Die geplante Höhe der Oberflächen von Fahwegen und Lagerflächen darf dabei maximal 1,00 m über dem natürlichen Ugelände liegen.

Als Nachweis ist im Bauantrag die Höhenanpassung der Gebäude und sonstigen Anlagen durch ein Höhenrelief mit Bestands- und Planungshöhen darzustellen. Ein Lageplan mit Geländehöhen (Eingrunder) liegt dem Bauantrag bei.

#### 2.2 First- und Traufhöhe

Die maximale zulässige Firsthöhe (FH) beträgt 14,00 m. Bezugspunkt ist dabei die geplante Geländeoberkante (GOK) bzw. Fahrbahnoberkante an der längsten begrenzten Gebäudeseite mitig. Die maximale zulässige Traufhöhe (TH) beträgt 9,00 m. Die Traufhöhe ist definiert als das Maß von der geplanten Geländeoberkante bzw. Fahrbahnoberkante bis zum Schnittpunkt der Wand mit der Dachkante oder bis zum oberen Abschluss der Wand.

#### 2.3 Dachform und -neigung

Zulässig für Lager- und Unterstellflächen sowie offene Überdachungen sind Satteldächer, Pultdächer und Flachdächer. Die maximal zulässigen Dachneigungen ergeben sich aus den festgesetzten maximalen Trauf- und Firsthöhen.

#### 2.4 Dachbedeckung

Zur Dachbedeckung sind nicht erdverleibte, glatte Dachziegel oder Flachdachplatten in naturgetreuen Farben zu verwenden. Darüber hinaus sind naturnahe, nicht glänzende Beschichtungen zulässig. Flachdächer und flach geneigte Dächer bis 9° sind zu begrünen, sofern keine Photovoltaikanlagen installiert werden.

#### 2.5 Werbeanlagen

Werbeanlagen auf oder in den Dachflächen sind nicht zulässig. An der Fassade angebrachte Werbeanlagen dürfen 1/10 der betroffenen Fassadenfläche nicht überschreiten und die maximal zulässige Traufhöhe nicht überschreiten. Freistehende Werbeanlagen (Masten, Pylonen, etc.) dürfen eine Höhe von maximal 9,00 m ab Geländeoberkante nicht überschreiten. Angesetzte und selbststehende Werbeanlagen sind unzulässig.

#### 2.6 Einfriedungen

Einfriedungen dürfen eine Höhe von max. 2,00 m über Geländeoberkante nicht überschreiten. Massive und gemauerte Einfriedungen sowie geschlossene Holzverkleidungen sind unzulässig.

#### 2.7 Geländemodellierung, Böschungen, Stützmauern

Geländemodellierungen sind nur in dem Maße zulässig, wie sie für den Nutzungszweck der Flächen erforderlich sind. Höhenunterschiede im Gelände sind mit Böschungen bis max. 1:1,5 abzufallen. Stützmauern dürfen nicht errichtet werden.

#### 2.8 Maximale Halde-Schöthöhe

Schüttgüter auf den Haldeflächen dürfen bis zu einer Höhe von maximal 5,00 m über dem neu anzulegenden Gelände aufgeschüttet werden.

### 3. Grünordnerische Festsetzungen

#### 3.1 Anpflanzen und Erhalten von Bäumen und Sträuchern

Innerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans sind Bäume und Sträucher in Art und Qualität gemäß den Festsetzungen der nachfolgenden Pflanzgebiete zu pflanzen. Die Pflanzungen sind fachgerecht zu pflegen und dauerhaft zu erhalten. Ausfälle sind durch Neupflanzungen zu ersetzen. Für die Pflanzungen sind die Grünordnungs- und Nachbargrundstücken gemäß Bürgerlichem Gesetzbuch sowie gemäß Aufzuchtengesetz zum Bürgerlichem Gesetzbuch und anderen Gesetzen einzuhalten.

#### Pflanzgebiet A – Baum- und Strauchpflanzung mit Standortbindung auf privatem Grund

Entlang der westlichen, südlichen und östlichen Geltungsbereichsgrenze ist auf den im Planblatt gekennzeichneten privaten Flächen zur Randbegrenzung eine mind. 5,0 m (im Westen bis zu 10,0 m) breite, gestufte, teilweise Hecke aus heimischen, standortgerechten Bäumen und Sträuchern zu pflanzen. Innerhalb der anzulegenden Hecke sind mindestens 20 hochstämmige, mittel- bis großkronige Bäume zu pflanzen. Die Baum- und Straucharten sind aus der Pflanzliste „Eingrunder Gehölzpflanzung“ zu wählen. Der Pflanz- und Reifeabstand beträgt ca. 1,5 x 1,5 m. Die Pflanzung soll in Gruppen zu 3 bis 7 Stück je Art erfolgen. Der Anteil der Heister soll ca. 2-10 % betragen.

### 3.2 Vermeidungsmaßnahmen

**Maßnahme V1: Baufeldfreimachung und Gehölzordnung außerhalb der Bruttozeit**  
Die Baufeldfreimachung einschließlich der Rodung bzw. dem Rückschnitt von Gehölzen ist außerhalb der Brutzeit durchzuführen, also in der Zeit zwischen dem 1. Oktober und dem 28.09. Februar.

**3.3 Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft**  
Als Ausgleich für nicht vermeidbare Beeinträchtigungen des Naturerhalts und des Landschaftsbildes werden die nachfolgenden Maßnahmen festgesetzt und dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan „2. Erweiterung des Betriebes Fa. Rupp“ zugeordnet. Die Maßnahmen müssen inkl. Pflanzungen und Gehölzreihen zu erhalten und dauerhaft zu pflegen und dauerhaft zu erhalten. Ausfälle sind durch Neupflanzungen zu ersetzen. Die festgesetzten Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sind nach ihrer Herstellung an das Bayerische Landesamt für Umwelt (LfU) zur Erfassung im Ökologischen Kataster zu melden.

#### Maßnahme A1: Baum- und Strauchpflanzung mit Standortbindung als Randbegrenzung auf privatem Grund

Zur Eingrunder des Bauplans sowie als Ausgleichsmaßnahme ist gemäß Pflanzgebiet A am westlichen, südlichen und östlichen Rand des Geltungsbereichs (Teilfläche aus Fl.-Nr. 200, Gemarkung Cronheim) eine mindestens 5,0 m bis zu 10,0 m breite, gestufte, teilweise Hecke aus heimischen, standortgerechten Bäumen und Sträuchern zu pflanzen. Die Pflanzungen sind gemäß Aufzuchtengesetz zum Bürgerlichem Gesetzbuch und anderen Gesetzen einzuhalten.

Die Pflanzfläche ist in den ersten Jahren durch einen Wildschuttschutz zu schützen.

Die Maßnahmenfläche umfasst ca. 0,28 ha.

#### Maßnahme A2: Anlage bzw. Erweiterung einer Streubehölze und Heckenpflanzung

Auf der verbleibenden Teilfläche der Fl.-Nr. 223, Gemarkung Cronheim, ist die im Zuge der „1. Erweiterung des Betriebes Fa. Rupp“ (Bebauungsplan 1, d. F. vom 05.03.2008) festgesetzte Streubehölze zu erweitern. Hierfür sind ergänzend zwei hochstämmige Obstbäume einer regionalen Obstsorte zu pflanzen. An der östlichen Rand der Fläche ist zudem eine 2-reihige Hecke anzulegen. Zusammensetzung der Hecke: Ligustrum vulgare, Rosa canina, Cornus mas und Cornus sanguinea. Pflanzung in Gruppen von mindestens 3 Stück je Art.

Pflanzqualität: Obstbäume – Hochstamm, Stammhöhe mind. 180 cm, zu verpflanzen, mit Ballen, Stammumfang 10-12 cm; Sträucher – verpflanzter Strauch, ohne Ballen, 4-5 Triebe, Tr. 60-100 cm.

Folgende Nutzungs-/Pflegevorgaben sind zwingend zu beachten:

- Wiese maximal 2x jährlich mähen, erste Mahd nicht vor dem 15.06. des Jahres.
- Das Mähdick ist abzufahren.
- Konsequenter Verzicht auf chemisch-synthetische Düngemittel.
- Regelmäßige Erziehungs- und Erhaltungsschnitt an Obstbäumen.

Die Herstellung, Entwicklung und dauerhafte Pflege/Bewirtschaftung der Maßnahmenfläche ist durch den Grundstückseigentümer sicherzustellen. Die Ausgleichsfläche ist durch Errichtung einer Grundstückenstange deutlich zu sichern. Die Maßnahmenfläche umfasst ca. 0,06 ha.

#### 3.4 Pflanzlisten

Nachfolgende Arten und Sorten sind für die Pflanzung im Rahmen der Pflanzgebiete A zugelassen. Ausgenommen ist die Pflanzung handelsüblicher Gehölze, insbesondere Blau-Tanne, Stein-Fichte und Lebensbaum (Thuja) sowie andere nicht heimischer Koniferen. Soweit möglich ist gebietsnahe Pflanzmaterial zu verwenden.

#### Pflanzliste „Eingrunder Gehölzpflanzung“

Pflanzqualität (mindestens):  
- Hochstamm, zu verpflanzen, mit Ballen, Stammumfang 14-16 cm  
- verpflanzter Heister, ab 6 cm Umfang, ohne Ballen, 150-200 cm  
- verpflanzter Strauch, ohne Ballen, 4-5 Triebe, 60-100 cm

#### Hochstamm (mind. bis großkronige Bäume):

- Acer platanoides Seite Akorn
- Betula pendula Sand Birke
- Carpinus betulus Harleiche
- Prunus avium Vogel-Kirsche
- Quercus robur Stiel-Eiche
- Sorbus aucuparia Elsbeere
- Tilia cordata Winter-Linde
- Tilia platyphyllos Sommer-Linde
- Obstbäume einer regionalen Sorte

#### Heister:

- Acer carpinifolia Feld-Ahorn
- Carpinus betulus Harleiche
- Malus sylvestris Heil-Äpfel
- Prunus avium Vogel-Kirsche
- Sorbus aucuparia Elsbeere

#### Straucharten:

- Cornus sanguinea Roter Hainthorn
- Cornus avellana Haselnuss
- Crataegus monogyna Eingefärbte Weißdorn
- Ligustrum vulgare Gemeiner Liguster
- Prunus spinosa Vogel-Rose
- Rosa canina Heide-Rose
- Rubus idaeus Himbeere
- Sambucus nigra Schwarzer Holunder

#### 4. Hinweise

##### 4.1 Pflanzungen in der Nähe von Ver- und Entsorgungsleitungen

Beim Pflanzen von Bäumen ist ein Mindestabstand von 2,00 m zu vorhandenen oder geplanten unterirdischen Leitungsanlagen einzuhalten. Analog ist bei der Verlegung von Leitungen ein Mindestabstand von 2,00 m zu geplanten und vorhandenen Baumständen zu beachten. Gegebenenfalls ist ein Wurzelchutz durch den jeweiligen Verursacher vorzusehen.

Das „Merkblatt Bäume, unterirdische Leitungen und Kanäle“ der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV) sowie das Merkblatt 135 GW „Baumplanungen im Bereich unterirdischer Versorgungsleitungen“ (DVGW Regelwerk) sind zu beachten.

##### 4.2 Niederschlagswasser, Grundwasser

Flächen, auf denen ein Umgang mit wassererhaltenden Stoffen erfolgt, sind gemäß der ArbSt (Anlagenverordnung) zu errichten und zu betreiben. Die nach diesen Vorschriften erforderlichen Maßnahmen sind im Rahmen der Baumaßnahme detailliert darzustellen.

Sollte im Zuge der Baumaßnahmen Grundwasser aufgetrieben werden, ist eine Erlaubnis nach Art. 16 I V. m. Art. 70 Abs. 1 BayWG zur Baumaßnahme erforderlich. Falls Grundwasser ansteigt, sind eventuelle unterirdische Anlagen oder Gebäudeteile gegen abfließendes Wasser zu sichern.

##### 4.3 Bodenschutz

Zum Umgang mit Böden oder Bodenmaterialien wird grundsätzlich auf die DIN 19331, DIN 18915 und den § 12 Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) verwiesen.

Der humose Oberboden ist von allen Flächen für den Baubetrieb abzusondern und bis zum Wiedereinbau oder bis zum Abtransport ordnungsgemäß zu lagern. Die Lagerung von Ober- und Unterboden hat gemäß DIN 18915 zu erfolgen.

##### 4.4 Bestandsliste

Bei allen Bodeneingriffen muss prinzipiell mit archäologischen Funden gerechnet werden. Die Eigentümer und Besitzer von Grundstücken sowie Unternehmer und Leih-, die Bodeneingriffe vornehmen, werden auf die gesetzlichen Vorschriften zum Auffinden von archäologischen Objekten nach Art. 8 des Denkmalschutzgesetzes hingewiesen.

Alle Beschreibungen und Funde (z.B. Bodenverfärbungen, Holzkohle, Mauerwerk, Metallgegenstände, Steinfragmente, Scherben und Knochen) müssen unverzüglich, d.h. ohne schuldhaftes Zögern, die Untere Denkmalbehörde beim Landesamt oder direkt dem Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege (BLD) mitgeteilt werden.

## Verfahrensvermerk

1. Der Stadtrat von Gunzenhausen hat in der Sitzung vom \_\_\_\_\_ die Ausfertigung des Bebauungsplans beschlossen. Der Ausfertigungsbeschluss wurde am \_\_\_\_\_ ordentlich bekannt gemacht.

2. Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB mit öffentlicher Darlegung und Anhörung für den Vorwurf des Bebauungsplans in der Fassung vom \_\_\_\_\_ hat in der Zeit vom \_\_\_\_\_ bis \_\_\_\_\_ stattgefunden.

3. Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB für den Vorwurf des Bebauungsplans in der Fassung vom \_\_\_\_\_ hat in der Zeit vom \_\_\_\_\_ bis \_\_\_\_\_ stattgefunden.

4. Zu dem Entwurf des Bebauungsplans in der Fassung vom \_\_\_\_\_ wurden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom \_\_\_\_\_ bis \_\_\_\_\_ beteiligt.

5. Der Entwurf des Bebauungsplans in der Fassung vom \_\_\_\_\_ wurde mit der Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom \_\_\_\_\_ bis \_\_\_\_\_ öffentlich ausgestellt.

6. Die Stadt Gunzenhausen hat mit Beschluss des Stadtrats vom \_\_\_\_\_ den Bebauungsplan gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in der Fassung vom \_\_\_\_\_ als Satzung beschlossen.

Gunzenhausen, den \_\_\_\_\_

Karl-Heinz Fitz, Erster Bürgermeister

7. Ausfertigt

Gunzenhausen, den \_\_\_\_\_

Karl-Heinz Fitz, Erster Bürgermeister

8. Der Satzungsbeschluss zu dem Bebauungsplan wurde am \_\_\_\_\_ gemäß § 10 Abs. 3 Satz 2 BauGB ordentlich bekannt gemacht. Der Bebauungsplan ist damit in Kraft getreten.

Gunzenhausen, den \_\_\_\_\_

Karl-Heinz Fitz, Erster Bürgermeister



**Stadt  
Gunzenhausen**

Vorhabenbezogener Bebauungsplan  
"2. Erweiterung des  
Betriebes Fa. Rupp"

Ortsteil Cronheim  
Stadt Gunzenhausen  
Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen



Ausfertigung

**KLOS**  
GmbH & Co. KG

Regulär: KLOS für Teilhaben und Teilhaben  
Beratung: Planung, Bauabfertigung, Bauabfertigung  
Alte Bahnhofsgebäude 8  
31714 Göttingen  
www.klos.de

aufgestellt: 01.12.2020

geändert: 14.12.2021

C. Kies, Dipl.-Ing.